Zeitschrift: Horizonte : Schweizer Forschungsmagazin

Herausgeber: Schweizerischer Nationalfonds zur Förderung der Wissenschaftlichen Forschung

Band: 29 (2017)

Heft: 114

Artikel: Wenn forschen gefährlich wird

Autor: Jäggi, Simon

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-821509

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 08.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Wenn forschen gefährlich wird

Die gespannte Situation in der Türkei macht Forschung im Land immer schwieriger. Das spüren auch ausländische Wissenschaftler vor Ort. Sie berichten von einer diffusen Angst und schwindenden Freiheiten.
Von Simon Jäggi

Die Anthropologin nimmt den Anruf an der türkischen Ägäisküste entgegen. Sie ist vor wenigen Tagen in das Land gereist, um mehr über die politische Situation zu erfahren: «Ich möchte wissen, welche Art von Forschung zurzeit überhaupt noch möglich ist.» Am liebsten würde sie – das gilt auch für andere Forschende – derzeit gar keine Auskunft geben. Um sie, die Partner vor Ort und die laufende Forschung nicht zu gefährden, ist darum ein Teil der Quellen in diesem Text anonymisiert.

Die Anthropologin forscht seit vielen Jahren in der Türkei. Welche Forschung weiterhin möglich sein wird, kann die Professorin noch nicht abschätzen: «Es wird auf jeden Fall schwieriger, in der Türkei zu forschen.»

Sie ist eine von mehreren Forscherinnen und Forschern aus ganz Europa, die sich vertieft mit der Türkei befassen. Viele von ihnen nehmen die Situation ähnlich war: Als unberechenbar und latent bedrohlich. Bei ihrer Arbeit sehen sich viele mit weitreichenden Erschwernissen konfrontiert: Sie erhalten keine Forschungsbewilligungen mehr oder nur mit grossem Aufwand. Der Zugang zu Archiven wird schwieriger, und die Partner vor Ort werden vorsichtiger. Für die Wissenschaftler ist es oft nicht leicht abzuschätzen, welche Formen die staatliche Überwachung angenommen hat. Dabei macht sich die Anthropologin um sich selber am wenigsten Sorgen. Ihr drohe allenfalls die Ausweisung und ein Einreiseverbot. Schlimmer treffen könne es ihre Partner im Land und die Doktorandinnen mit türkischem Pass, die mit ihr zusammenarbeiten.

Selbstzensur aus Vorsicht …

Wie stark die Wissenschaft in der Türkei unter Druck steht, ist immer wieder Thema in den westeuropäischen Medien. Dabei sprechen die Zahlen für sich: Seit dem Putschversuch im Sommer 2016 hat der türkische Staat mehr als 4800 Wissenschaftler entlassen und gegen über hundert ein Strafverfahren eröffnet. Diese Zahlen veröffentlichte die Universität Lund im Frühling 2017. Anfang Juni publizierte die amerikanische Organisation «Scholars at Risk» einen weiteren Bericht zur Situation in der Türkei. Darin schreiben die Autoren, die Verfolgung von Wissenschaftlern habe ein «beispielloses Ausmass» erreicht. Schliessung von Universitäten, Entlassungen, Inhaftierung und Reiseverbote: Tausende Wissenschaftler seien von den Repressionen des Staates betroffen, schreibt die Organisation. Und die Verfolgungen dauern an.

Der steigende Druck auf die Wissenschaft beeinträchtigt die Arbeit von ausländischen Forschern vor Ort. Doch die Auswirkungen des politischen Klimas reichen weiter, bis zu den Arbeitsplätzen in den Hochschulen, wo die Wissenschaftler ihre Ergebnisse auswerten und veröffentlichen. «Wir überlegen uns genau, was wir publizieren können», sagt ein anderer Sozialwissenschaftler. Der Professor beschäftigt sich seit mehr als 30 Jahren mit der Türkei. Die Feldforschung haben er und seine Mitarbeiter noch vor dem Putschversuch im vergangenen Sommer abgeschlossen. Zum Glück, sagt der Wissenschaftler: «Das waren Forschungen, die wir heute so nicht mehr durchführen könnten.»

> «Wir arbeiten zurzeit mit angezogener Handbremse.»
> Nataša Miškovic

Seit über einem Jahr sind seine Mitarbeiter zurück aus der Türkei, darunter auch eine Forscherin mit türkischer Staatsangehörigkeit. Sie werten die Daten aus, bereiten die ersten Publikationen vor. Es geht um heikle Fragen zum Verhältnis von Staat und Gesellschaft. «Wir müssen sehr vorsichtig sein und können nicht alles schreiben, was wir vielleicht gerne würden.» Vorrangiges Ziel habe bei den Publikationen der Schutz der türkischen Mitarbeiter und der Quellen vor Ort: Mitarbeiter von Nichtregierungsorganisationen und oppositionelle Politiker.

… schützt Partner vor Ort

Auf der einen Seite besteht der Anspruch, möglichst alle relevanten Erkenntnisse zu veröffentlichen, auf der anderen Seite eine diffuse Angst vor Repression. Diese wird geschürt durch Ereignisse wie die Verhaftungen und Entlassungen von Mitarbeitenden von Organisationen und Universitäten in der Türkei.

Es ist ein Dilemma, von dem auch Nataša Miškovic berichtet. Die SNF-Förderprofessorin der Universität Basel beschäftigt sich in einem ebenfalls mehrjährigen Projekt mit der Entstehung der türkischen Republik und dem Alltag in Istanbul und Ankara in den 1920er- und 1930er-Jahren. Im Mittelpunkt stehen Pressefotografien aus den grossen Tageszeitungen Cumhuriyet und Akşam. Die Forschung ist abgeschlossen, zurzeit bereitet sie mit ihren Mitarbeitern eine Ausstellung vor, die auch in der Türkei gezeigt werden soll. Dies erfordert grosse Umsicht. «Wir diskutieren intensiv, welche Themen wir wo zeigen können.» Um Kooperationspartner nicht zu verlieren, gingen sie auch gewisse Kompromisse ein. Vorsichtig werden sie überall dort, wo es um Staatsgewalt geht. «Wir, wie auch viele andere Forscher, arbeiten zurzeit mit angezogener Handbremse», sagt Miškovic.

Es ist ein Gefühl diffuser Bedrohung, das in den Gesprächen mit den Wissenschaftlern immer wieder durchdringt. Trotz der unberechenbaren Lage wollen sie ihre Arbeiten fortsetzen. «Wir können nicht aus allen Staaten weggehen, die nicht wollen, dass man bei ihnen forscht», meint die Anthropologin am Telefon. Dann muss sie das Gespräch beenden, in einer halben Stunde will sie Mitarbeiterinnen einer lokalen Organisation treffen. Das Gefühl der Verunsicherung wird sie begleiten.

Simon Jäggi ist freier Journalist in Basel.

Aliye Berger war eine bekannte Künstlerin und stammte aus den höchsten Kreisen des ehemaligen osmanischen Hofes. Sie war angeklagt, eine Rivalin um die Gunst ihres späteren Ehemannes angeschossen zu haben. Diese und viele andere Pressefotografien sind Teil der Forschungsarbeit von Nataša Miškovic.
Bild: SIBA-Datenbank

Der Putsch und sein Kontext

3. Oktober 2005: Beginn der EU-Beitritt-Verhandlungen mit der Türkei.
15. Juli 2016: Putschversuch in der Nacht auf den 16. Juli. Die Regierung beschuldigt den Prediger Fethullah Gülen als Drahtzieher.
21. Juli 2016: Ausrufung des Notstands: Grundrechte werden ausgesetzt, die Versammlungsfreiheit wird eingeschränkt .
4. November 2016: Zahlen werden öffentlich: Der Staat hat 110 000 Beamte, Richter, Staatsanwälte, Polizisten und Soldaten wegen mutmasslicher Verbindungen zum Gülen-Netzwerk suspendiert oder entlassen, darunter auch zahlreiche Wissenschaftler. Zehntausende Personen wurden verhaftet; etwa 170 Zeitungen, Zeitschriften, TV-Sender und Nachrichtenagenturen wurden geschlossen.
8. Februar 2017: Erneute Massenentlassungen: 4500 Staatsdiener, darunter 330 Hochschullehrkräfte, werden freigestellt.
16. April 2017: Das Volk sagt mit knapper Mehrheit Ja zum umstrittenen Verfassungsreferendum.
30. April 2017: Die Türkei sperrt den Zugang zu Wikipedia.
18. April 2017: Die Regierung verlängert den Notstand um weitere drei Monate.
1. August 2017: Beginn eines Massenprozesses gegen 500 Putschisten.